

Wirtschaftspolitik



Michael Schlecht, MdB
Chefvolkswirt Bundestagsfraktion
www.michael-schlecht-mdb.de
November 2012

DIE LINKE.

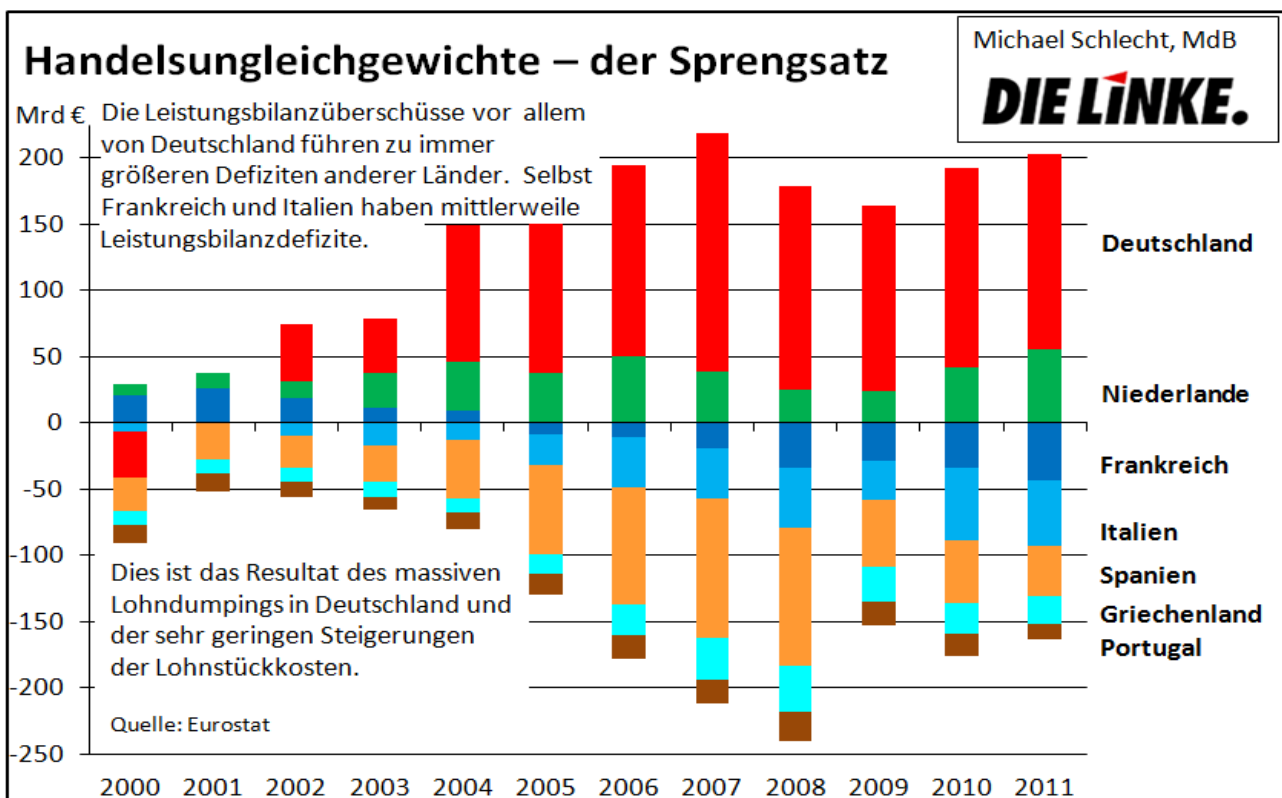
Lohndumping gefährdet Europa

„Die Eurokrise ist vor allem eine Staatsschuldenkrise“, so Kanzlerin Merkel. Es gäbe zu viele Staaten, die schlicht über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Es sei zu viel für Soziales ausgegeben, den Forderungen maßloser Beschäftigter im öffentlichen Dienst und nimmersatter Rentnerinnen und Rentnern leichtfertig nachgegeben worden.

Das ist ein modernes Märchen.

Woher kommen die Staatsschulden?

Vor Beginn der großen Krise 2007 stiegen europaweit in den meisten Ländern die Staatsausgaben nicht stärker an als das Sozialprodukt. In den heutigen Krisenländern Spanien und Irland schrumpften sogar die Lasten der



Schuldenstandsquote

Die Höhe der Staatsschulden alleine sagt noch nichts darüber aus, ob ein Land diese auch tragen kann. Wichtig ist deshalb die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Hierfür wird das Bruttoinlandsprodukt verwandt.

$$\frac{\text{Staatsschulden}}{\text{Bruttoinlandsprodukt}} = \text{Staatsschuldenquote}$$

Zum Beispiel für Deutschland 2011:

$$\frac{2089 \text{ Milliarden Euro}}{2593 \text{ Milliarden Euro}} = 81 \text{ Prozent}$$

Staatsverschuldung gemessen an der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes.

Erst als die europäischen Krisenmanager unter Führung von Merkel und Sarkozy die Verluste der Banken sozialisierten, explodierten die öffentlichen Schulden. Darüber hinaus mussten die Staaten in der Krise teure Konjunkturpakete schnüren und Arbeitslosigkeit finanzieren.

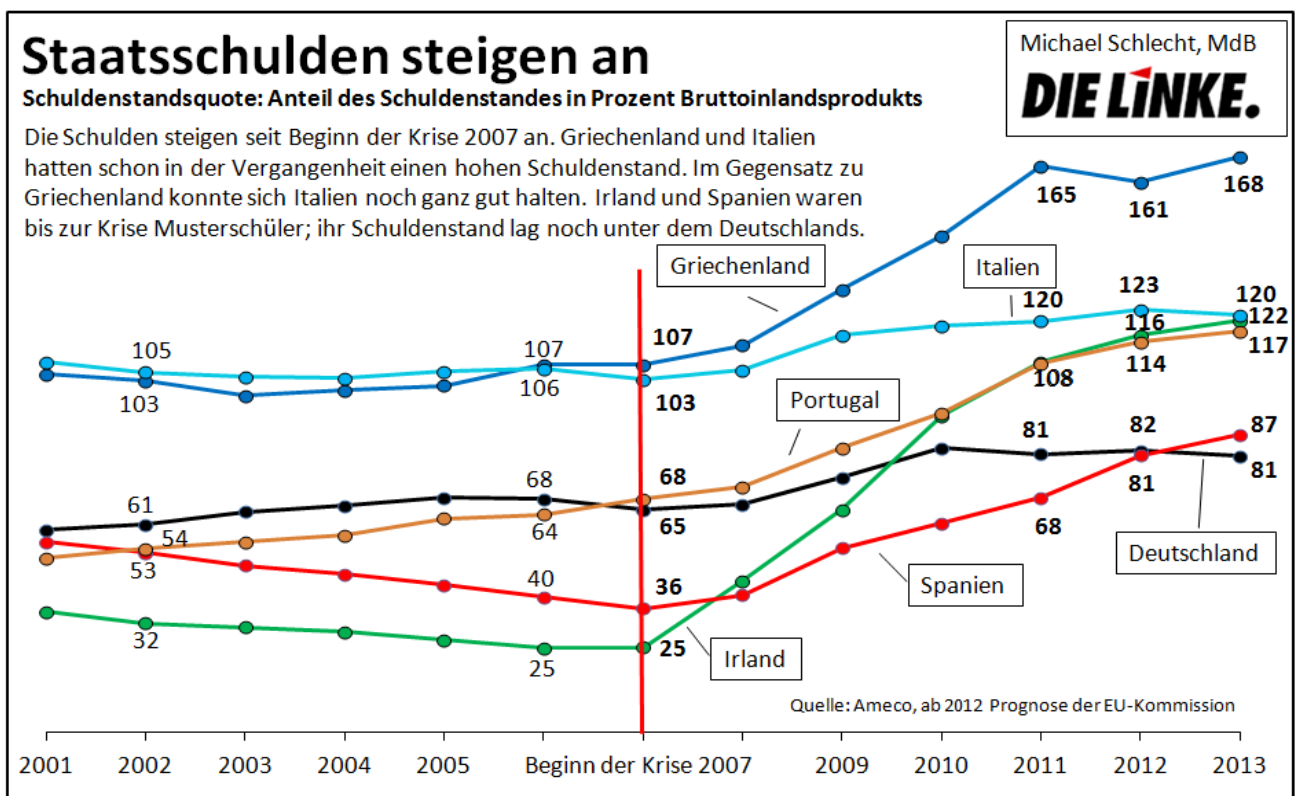
Die Bankenrettung und die Konjunkturprogramme in Europa haben die Regierungen auf Pump finanziert. Insgesamt wurden in den Jahren 2008 bis 2011 4,5 Billionen Euro zur Stützung der Banken aufgewandt. In der EU stiegen

die Staatsschulden in diesem Zeitraum um 24 Prozent. Ein Anstieg um 3,2 auf 10,5 Billionen Euro Gesamtverschuldung. Die Schuldenstandsquote erhöhte sich von 59 auf 83 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

In Spanien verdoppelte und in Irland verfünffachte sich die Schuldenquote. Ohne den Kollaps von Wall Street, Frankfurter City & Co würden die staatlichen Retter nicht im Schuldensumpf stecken.

Auch in Deutschland explodierten die Staatsschulden. Unter einer schwarz-gelben Regierung! Allein für Bankenrettungen wurden seit 2008 knapp 400 Milliarden Euro ausgegeben und damit die deutschen Staatsschulden massiv auf jetzt 2,1 Billionen Euro aufgebläht. Die Steuergeschenke an Reiche und Konzerne aus den Jahren 2001 bis 2011 belaufen sich zusammengerechnet auf rund 600 Milliarden Euro.

Merkels Rezept gegen die Staatsverschuldung: Kürzen auf Teufel komm raus. Die deutsche Schuldenbremse ist mit dem Fiskalpakt jetzt in verschärfter Form nach Europa exportiert worden. Eine Neuverschuldung ist nur noch in minimaler Höhe erlaubt und die Schuldenstandsquote von höchstens 60 Prozent muss in allen



Ländern in den nächsten 20 Jahren erreicht werden.

Die Kosten für Bankenrettungen und Steuergeschenke der letzten zehn Jahre betragen zusammen eine Billion Euro. Die Staatsschulden stiegen um nahezu den gleichen Betrag.

Mit diesen mechanischen Kürzungsvorschriften droht der europäische Sozialstaat zu Grabe getragen zu werden. Die wirtschaftliche Entwicklung wird massiv stranguliert, so wie unter Kanzler Brüning in den 1930er Jahren.

Außenhandelsungleichgewichte – der Sprengsatz für den Euro

Die Handelsbeziehungen in Europa sind seit Einführung des Euros ungleicher geworden. Seit 2000 weist Deutschland immer dramatischere Leistungsbilanzüberschüsse aus. Bis 2011 hat dieser sich auf 1,2 Billionen Euro summiert. Neben Deutschland gibt es nur noch die Niederlande und einige kleinere Euroländer die auch mit Überschüssen aufwarten können.

Außenhandelsbilanz Deutschland

Warenhandel: Überschuss 2000 bis 2011 rund 1,7 Billionen Euro.

Warenhandel und Dienstleistungen (auch **Außenbeitrag** genannt): Überschuss 1,3 Billionen Euro.

Die Leistungsbilanz ergibt sich, wenn zusätzlich noch die mit dem Ausland getätigten Einkommen- und Vermögensübertragungen hinzugerechnet werden: Der Überschuss beträgt dann 1,2 Billionen Euro.

Viele andere Länder in der Eurozone gehören mittlerweile zu den Defizitländern bei der Leistungsbilanz. Bei einigen waren diese Defizite bei Einführung des Euros unbedeutend, so zum Beispiel bei Italien. Andere Länder wie Frankreich hatten zunächst noch einen Überschuss. Aber selbst bei unserem westlichen Nachbarn ist die Leistungsbilanz seit 2005 ins Minus gerutscht.

Die Folgen dieser Entwicklung sind dramatisch: Verkauft ein Land dauerhaft mehr Waren und Dienstleistungen ins Ausland als es von dort einkauft, führt dies spiegelbildlich in den ande-

ren Ländern zu einer immer größeren Verschuldung der privaten Haushalte, der Unternehmen und letztlich des Staates.

Wenn sich Unternehmen und private Haushalte im Ausland immer mehr verschulden, haftet am Ende der Staat. Kredite werden faul, sinkende Steuereinnahmen und Wirtschaftsleistung zerrütten die Staatsfinanzen. Der Staat muss mehr für die Konjunktur tun, da Bürgern und Unternehmen das Wasser bis zum Hals steht.

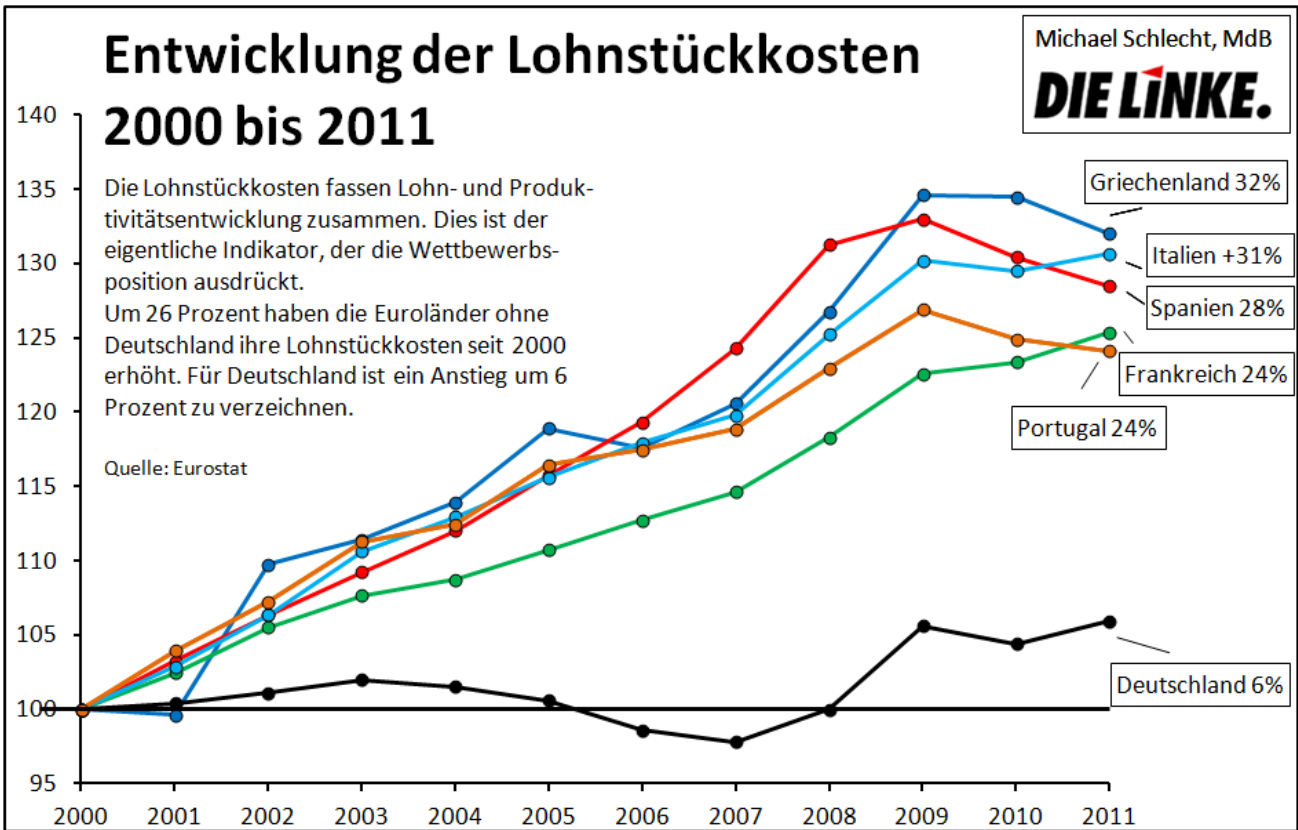
In den Kreisen der Regierungskoalition, aber auch zum Teil bei SPD und Grünen wird der deutsche Leistungsbilanzüberschuss als Erfolg deutscher Wirtschaftspolitik interpretiert. Ja, es gibt immer wieder Stimmen von Politikern, aus denen der Stolz geradezu hervorquillt.

Ursachen der Ungleichgewichte

Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist in einem Währungsraum ohne Wechselkursanpassung neben den Löhnen die Steigerung der Produktivität entscheidend. Die Ökonomen fassen beides in den Lohnstückkosten zusammen. Von 2000 bis 2011 sind sie im Durchschnitt der Eurozone ohne Deutschland um 26 Prozent gestiegen, in Deutschland lag der Anstieg gerade einmal bei sechs Prozent! Daraus folgt, dass deutsche Unternehmer einen Wettbewerbsvorteil von 20 Prozentpunkten bei den Lohnstückkosten hatten. Auch wenn es Unterschiede in der Entwicklung der Produktivität in der Eurozone gibt, so erklären diese allein nicht die enormen Wettbewerbsvorteile.

Entscheidend für die nur minimale Steigerung der deutschen Lohnstückkosten ist das Lohndumping. Der Reallohn für einen durchschnittlich verdienenden Beschäftigten fiel von 2000 bis 2010 um 5,4 Prozent, so die Daten des europäischen Statistikamtes. Unter Berücksichtigung der leichten Steigerung im Jahr 2011 beträgt das Minus 4,9 Prozent. Die Beschäftigten verdienen im Durchschnitt also weniger als vor zehn Jahren – trotz Anstieg der Produktivität.

Deutschland ist durch das Lohndumping seit 2000 Schlusslicht in Europa. Lohnsenkungen unter Berücksichtigung der Preisentwicklung gab es nur hierzulande. In Italien lag der Anstieg bei sechs Prozent, in Frankreich bei acht

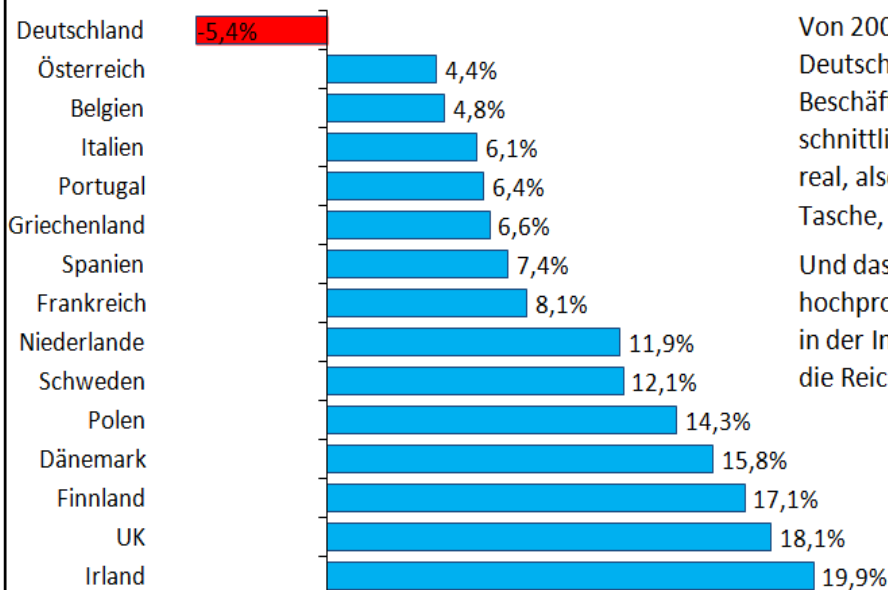


und in Spanien bei sieben Prozent. Auch das waren eigentlich noch bescheidene Zuwächse. Skandalös ist, dass das Lohndumping Menschen besonders getroffen hat, die ohnehin nicht besonders viel verdienen. Den Beschäftigten, die 2000 zu den 40 Prozent mit dem ge-

ringsten Einkommen gehörten, wurden Lohnkürzungen von zehn bis 20 Prozent zugemutet. **1,45 Billionen Exportüberschuss seit 2000**
Das Lohndumping führt zu einem doppelten Effekt. Zum einen haben die Unternehmer relativ niedrige Arbeitskosten Im Vergleich zu den

Deutschland ist Weltmeister - beim Lohndumping!

Michael Schlecht, MdB
DIE LINKE.



Quelle: Ameco-Datenbank

Von 2000 bis 2010 ist der Reallohn in Deutschland um 5,4 Prozent gesunken! Beschäftigte mit einem durchschnittlichen Verdienst haben heute real, also preisbereinigt, weniger in der Tasche, als vor zehn Jahren.

Und das in einem Land mit einer hochproduktiven Wirtschaft, vor allem in der Industrie. Und ein Land, in dem die Reichen immer reicher werden!

Wettbewerbern in anderen Ländern. Wenn das auch nicht in jedem Betrieb in vollem Ausmaß der Fall ist, so ergeben sich diese Vorteile aufgrund niedriger Arbeitskosten bei den Vorprodukten bzw. bei Dienstleistungen. Diese erhebliche Stärkung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit in Verbindung mit dem zugrunde liegenden hohen technologischen Stand hat die dramatische Ausweitung der Exporte bewirkt. Lag zu Beginn der 1990er Jahre der Exportanteil noch bei etwas mehr als 20 Prozent am Bruttoinlandsprodukt, so wurde er bis heute mehr als verdoppelt und liegt bei 50 Prozent.

Der zweite Effekt des Lohndumpings besteht in einer massiven Dämpfung des privaten Konsums. Rund eine Billion Euro Kaufkraft wurde den Beschäftigten vorenthalten (siehe Seite 11f.). Zudem wurden die staatlichen Ausgaben beschnitten. Beides bewirkte eine sehr schwache Entwicklung der Binnennachfrage und auch einen geringen Anstieg der Importe. Während in den 1990er Jahren die Importe noch Schritt hielten mit dem Anstieg der Exporte, fallen sie im letzten Jahrzehnt deutlich zurück.

So öffnete sich zwischen Exporten und Importen eine immer größere Schere. Der Außenhandelsüberschuss mit Waren und Dienstleis-

tungen erreicht im Spitzenjahr 2007 170 Milliarden Euro. Nach dem krisenbedingten Rückgang 2009 lag er bereits 2010 wieder bei rund 140 Milliarden Euro. 2012 ist mit einem Überschuss von 150 Milliarden Euro zu rechnen.

„Während die deutschen Arbeitnehmer seit Beginn der Währungsunion 1999 mit einer schmalen Lohnsteigerung von zwölf Prozent vorlieb nehmen mussten, konnten sich die Luxemburger über 41 Prozent mehr Geld freuen. Wenn man die Inflation mit einbezieht, hat sich das Realeinkommen der deutschen Arbeitnehmer verschlechtert.“

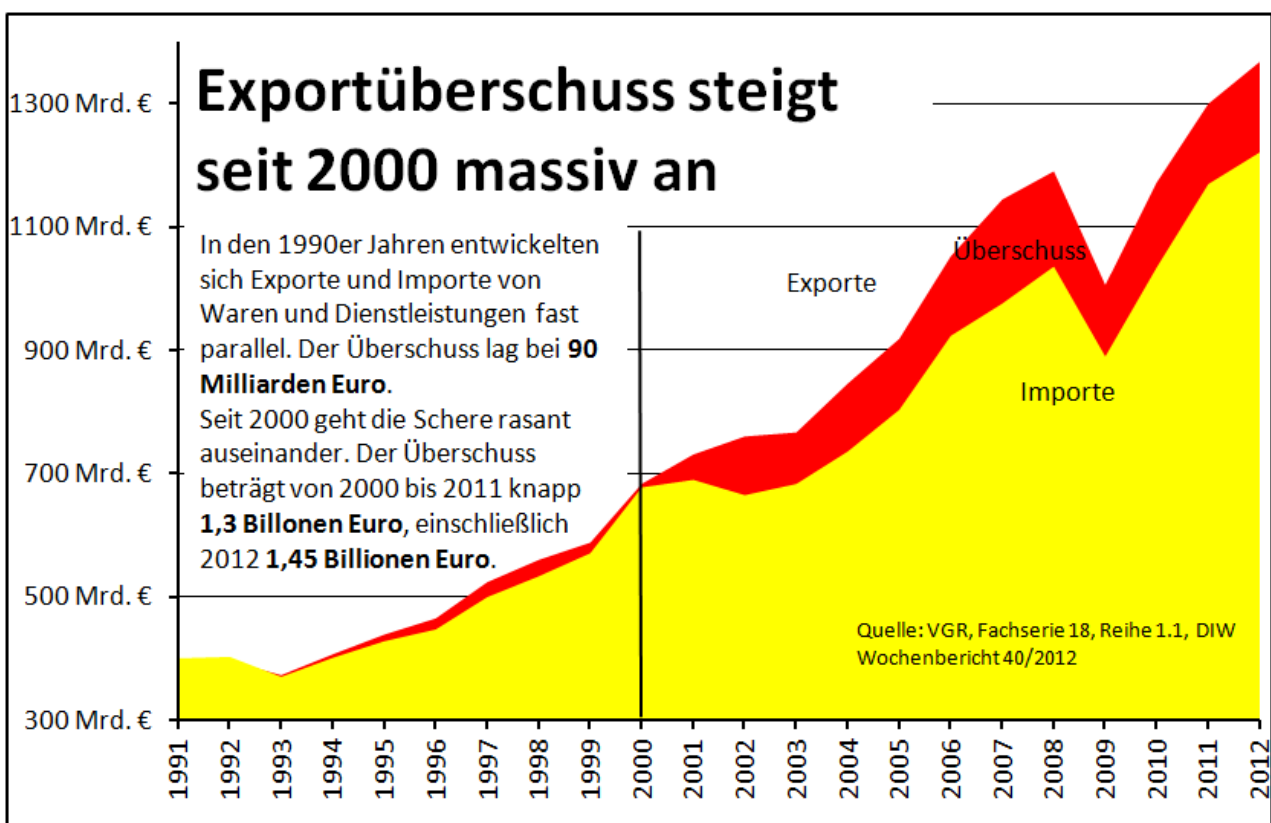
Schuld daran seien unter anderem die Hartz-Reformen, die „ganze Teile der Bevölkerung in den Niedriglohnsektor hin abgedrückt“ hätten.

Jean Claude-Juncker, Chef der Euro-Gruppe, 11. August 2010

Die entstandene Lücke ist so groß, dass der Außenhandelsüberschuss von 2000 bis 2011 in der Summe rund 1,3 Billionen Euro beträgt. Einschließlich 2012 wird er voraussichtlich auf 1,45 Billionen Euro steigen.

Folgen im Warenaustausch

Diese Überschüsse finden spiegelbildlich ihre



Entsprechung unter anderem im Außenhandel der europäischen Krisenländer. Für Griechenland und Italien habe ich das in separaten Positionspapieren ausführlich dargelegt („Deutsch-Griechische Tragödie“, November 2011 sowie „Wird Italien zum Schicksal des Euro?“, April 2012, siehe www.michael-schlecht-mdb.de).

Nach der Einführung des Euros stiegen die jeweiligen Außenhandelsdefizite gegenüber Deutschland stark an. Zwischen 2000 und 2008 nahmen die Exporte von Maschinen und Fahrzeugen, also die klassischen Exportprodukte, um 16 Prozent im Falle Italiens und um 22 Prozent nach Griechenland zu. Andere deutsche Wirtschaftssektoren steigerten ihre Exporte jedoch wesentlich deutlicher.

Nach einem Euro-Austritt würde es in Griechenland „zu Einfuhrschwierigkeiten und Energie- und Lebensmittelknappheit kommen.“

FAZ, 13. September 2011

Am stärksten legte die deutsche Ausfuhr von Chemieerzeugnissen und Nahrungsmitteln zu. Die Beschäftigten der Fleischindustrie sind in Deutschland stark vom Lohndumping betroffen. Haustarifverträge gibt es genau so selten wie Betriebsräte. Die wenigen regionalen Tarifverträge ändern die schlechte Bezahlung nicht.

Für die unterste Tarifgruppe im Fleischerhandwerk waren 1996 in Sachsen 4,50 Euro vereinbart worden. Billigarbeiter schufteten in den Zerlegebetrieben und Mästereien zum Teil 16 Stunden am Tag für einen Stundenlohn unter fünf Euro. Möglich wurde das durch die Dienstleistungsrichtlinie der EU.

Osteuropäische Arbeiter wurden mit Werkverträgen zur Erbringung von Dienstleistungen, wie dem Zerlegen von Fleisch, in die deutschen Betriebe geschickt. Für die Beschäftigten gelten die niedrigen Steuern und Löhne des Herkunftslandes. Seit 2001 sind in Deutschland 26.000 reguläre Arbeitsplätze vernichtet worden.

Die Kombination aus hochmodernen Schlachtanlagen und Billiglöhnen ist nicht zu toppen. Die Geflügelproduktion wurde in Deutschland zwischen 1995 und 2007 auf 1,3 Millionen Tonnen verdoppelt. In modernen Hühnerschlachtanlagen werden pro Woche eine Million Tiere zu Fleischware verarbeitet, die inzwischen sogar nach Afrika und Asien exportiert wird. Die landwirtschaftlichen Betriebe in den Zielländern können mit dieser Billigproduktion nicht mithalten und werden vom Markt verdrängt.

Mit „Deutscher Wertarbeit“ ist der Exporterfolg beim Schlachtvieh höchstens von Zynikern in Verbindung zu bringen.



Euro-Dollar-Wechselkurs

Das deutsche Lohndumping verschlechterte indirekt die Wettbewerbsfähigkeit der anderen Mitglieder der Eurozone. Der deutsche Handelsbilanzüberschuss erhöht den Wechselkurs des Euros gegenüber anderen Währungen, insbesondere gegenüber dem Dollar.

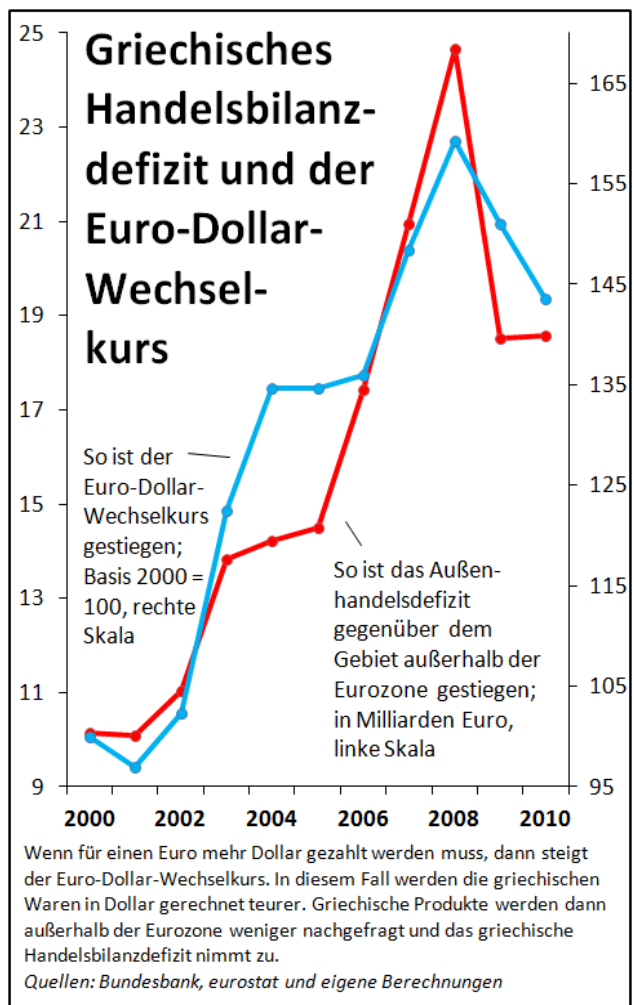
Der deutsche Exportüberschuss gegenüber den Ländern außerhalb der Eurozone stieg zwischen 2000 und 2008 um stattliche 265 Prozent. Der größte Teil des Warenhandels außerhalb des Euroraums wird nach wie vor in Dollar abgewickelt. Die Überschüsse führen zu einer Steigerung des Euro-Dollar-Wechselkurses, weil die deutschen Unternehmen die Dollar-Export Erlöse in Euro umtauschen.

Je teurer der Euro gegenüber dem Dollar wurde, desto teurer wurden zum Beispiel die griechischen Waren außerhalb des Euroraums. Das war besonders fatal, weil Griechenland größtenteils einfache Waren exportiert, deren Nachfrage auf Preisänderungen sensibel reagiert.

Der Einfluss des Euro-Dollar-Wechselkurses auf das Handelsbilanzdefizit der jeweiligen Länder ist in den Statistiken gut erkennbar. Am Beispiel Griechenlands zeigt sich, dass die Entwicklung von Euro-Dollar-Wechselkurs und dem Handelsbilanzdefizit gegenüber den Ländern außerhalb der Eurozone synchron verlaufen.

Fazit: Für Deutschland war der Außenwert des Euros zu billig und für Griechenland zu teuer. Hätte Deutschland dagegen durch eine höhere Binnennachfrage mehr importiert, hätte sich die Nachfrage nach anderen Währungen erhöht und der Wechselkurs wäre für die Situation in Deutschland und Griechenland angemessener gewesen. So aber wurden die Ungleichgewichte verstärkt und die griechische Verschuldung im Ausland in die Höhe getrieben.

Faktisch hat Deutschland von den Außenhandelsdefiziten der anderen Länder profitiert. Die Unternehmer konnten sich hinter dem Berg an Defiziten der südlichen Länder verschanzen und aus vollen Rohren in die ganze Welt exportieren ohne dass dies den Euro gegenüber dem Dollar verteuerte. Das wirkte wie eine Subvention für den deutschen Exportsektor.



Finanzierung der Außenhandelsdefizite

Der deutsche Außenhandelsüberschuss führte in vielen Ländern der Eurozone zu beständig anwachsenden Außenhandelsdefiziten.

Diese Defizite sind nur möglich, wenn sie vom Ausland durch Kredite finanziert werden. Dadurch verschulden sich die Defizitländer beständig gegenüber dem Ausland, vor allem gegenüber den ausländischen Banken.

Dieses Geschäft haben sich in der Vergangenheit insbesondere deutsche Banken nicht nehmen lassen. Zur Finanzierung der von Deutschland verursachten Außenhandelsdefizite reisten die Herren mit den schwarzen Koffern nach Athen, Rom, Madrid und in weitere Hauptstädte.

Aus der Sicht des Jahres 2000 war die Vergabe von Krediten gerade an die anderen europäischen Staaten für Banker hochinteressant, weil Staatsanleihen als absolut risikolose Anlage galten und deshalb für diese Anlagen keine teure Risikovorsorge vorgeschrieben war.

Die Bankenkrise ist zu einem erheblichen Teil die Krise der Finanzierung der deutschen Außenhandelsüberschüsse.

Spiegelbildlich mit dem Anstieg der Außenhandelsdefizite wuchs die Kreditvergabe deutscher Banken. Ab dem Jahr 2008 ging die Kreditvergabe der Banken zurück. Dies war Resultat der allgemeinen Krise, dürfte aber auch damit zusammenhängen, dass den Bankern das Geschäft mit den südeuropäischen Ländern zunehmend unsicherer erschien.

Trotz rückläufiger Bankkredite müssen die Schulden finanziert werden. Die Lücke wird von den jeweiligen Zentralbanken der Defizitländer über das Target2-System geschlossen. Deutsche Banken hatten in der Spitze 2007 gut 400 Milliarden Euro Kreditaußenstände in den vier südeuropäischen Krisenländern. Dies wurde auf 250 Milliarden Euro bis 2011 abgebaut.

Dahinter verbergen sich zum Teil Abschreibungen aber insbesondere auch Rückzahlungen. Letztere wurden nur möglich, weil die jeweiligen Länder von der EU und dem IWF „gerettet“ wurden. Die Milliarden dienten fast vollständig

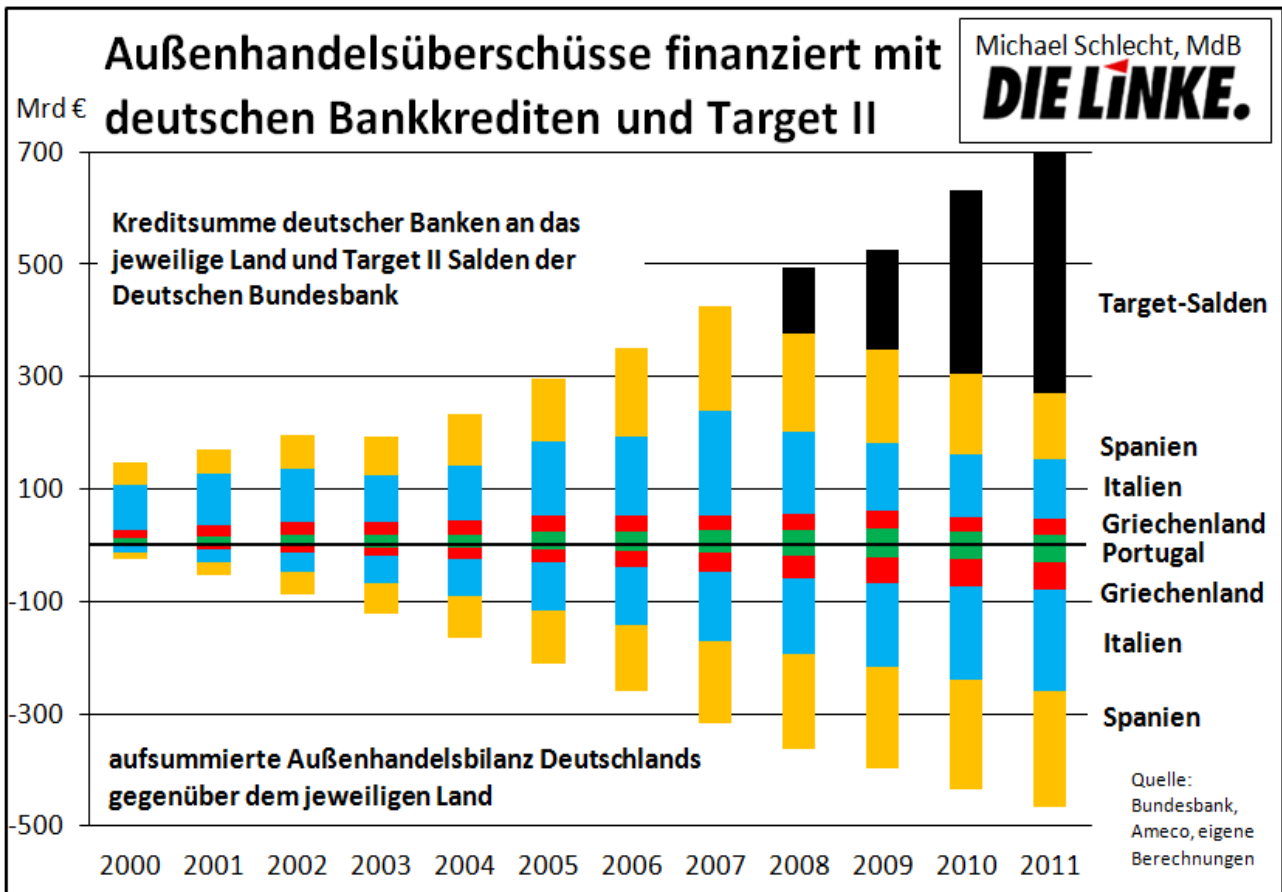
Target2-System

Target2 ist das wichtigste Zahlungsverrechnungssystem in der Eurozone.

Target2-Verbindlichkeiten entstehen, wenn ein Leistungsbilanzdefizit nicht durch einen privaten Kreditgeber im Ausland – zum Beispiel eine Bank –, sondern durch einen Kredit einer ausländischen Notenbank ausgeglichen wird.

Bis zum Jahr 2007 entstanden in keinem nennenswerten Umfang Target2-Forderungen der Bundesbank gegenüber dem Eurosystem. Seitdem stiegen sie kontinuierlich bis auf 700 Milliarden Euro im Sommer 2012 an. Spanien hat Verbindlichkeiten von 400 Milliarden, Italien von 275 Milliarden, Griechenland 100 und Portugal 75 Milliarden Euro.

Target2-Salden sind auch Ausdruck einer zunehmenden Kapitalflucht aus den sogenannten Krisenländern. Das ist auch ein Grund, weshalb der Target2-Saldo der Deutschen Bundesbank so stark zugenommen hat.



dazu, die Ansprüche der deutschen und anderen Banken zu befriedigen.

Euro-Plus-Pakt: Plus für Unternehmen, minus für Beschäftigte

Seit Ende 2010 will auch Merkel die Außenhandelsdefizite der Krisenländer abbauen. Jedoch nicht durch eine Steigerung der deutschen Binnennachfrage und der damit verbundenen höheren Importe aus den betroffenen Ländern.

Merkel, ihre Regierungskoalition, in großen Teilen auch SPD und Grüne sehen stattdessen das deutsche Modell mit seinem Lohndumping als Vorbild: „Unser Geschäftsmodell ist erfolgreich, weshalb sollten wir da etwas ändern? Die anderen müssen Reformen machen,“ so der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU, Joachim Pfeiffer. Und der Fraktionsvorsitzende Kauder ergänzt: „In Europa wird jetzt deutsch gesprochen!“ Deutschland sei ein Land der „Stärkeren“. In der Tat: Deutschland ist „stark“ beim Lohndumping, es ist „stark“ bei den prekären Jobs. Diese „Stärke“ soll exportiert werden und damit durch ein gesamteuropäisches Lohn- und Sozialdumping der Rest der Welt niederkonkurriert werden.

Deshalb hat Merkel im Winter 2010/11 in der EU durchgesetzt, dass faktisch die Agenda 2010 in verschärfter Form in die Eurozone exportiert wird. Im Rahmen des im Februar 2011 verkündeten „Paktes für Wettbewerbsfähigkeit“ werden nur Länder mit einer Wettbewerbschwäche in die Pflicht genommen.

Die Lohnstückkosten der Euro-Staaten sollen in Zukunft neben anderen Indikatoren regelmäßig ausgewertet werden. Kritisch in den Blick genommen werden die Länder, bei denen Leistungsbilanzdefizite und eine überdurchschnittliche Entwicklung der Lohnstückkosten bestehen.

Dies ist ein direkter Angriff auf die Tarifautonomie, die in vielen Ländern – so auch Deutschland – ohnehin durch gesetzliche Veränderungen beschädigt ist. Ziel soll unter anderem sein, Tarifpolitik zu dezentralisieren. Vermutlich „am besten“ bis runter auf den Betrieb, da dort die Konkurrenz der Belegschaften und damit das Disziplinierungspotenzial am größten ist.

Wir, die Bundesrepublik Deutschland, haben gegenüber vielen europäischen Ländern Exportüberschüsse. Wenn dies auf erhöhter Wettbewerbsfähigkeit beruht, darf dies natürlich nicht zum Gegenstand von Klagen werden, sondern muss begrüßt werden. ...

Wir haben klargestellt, dass Handlungsbedarf vor allem bei den Ländern mit Wettbewerbschwächen besteht; denn Konvergenz in der Euro-Zone darf natürlich nicht Annäherung an die Schwächeren sein, sondern muss immer an den Stärkeren unter uns ausgerichtet sein, damit Europa als Ganzes wettbewerbsfähig bleibt.

*Kanzlerin Merkel im Bundestag,
24. März 2011*

Eine besondere Verantwortung weist die EU dem öffentlichen Dienst zu. Die Tarifparteien sollen Verantwortung für die „Wettbewerbsfähigkeit“ ihres Landes übernehmen. Das ist eine unverblümete Aufforderung an die Regierungen, die Löhne im öffentlichen Dienst zu kürzen.

Das hat Gründe: Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind in vielen Ländern gut organisiert; häufig im Gegensatz zur Privatwirtschaft. Sie können Druck ausüben indem sie Infrastruktur und öffentliche Versorgung lahmlegen.

Wenn in Frankreich oder Spanien zum Generalstreik aufgerufen wird, dann streikt vor allem der öffentliche Dienst. Auch in Portugal und Griechenland besteht eine im Vergleich zu Deutschland viel größere Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation im öffentlichen Bereich. Dort werden in diesen Ländern die Marken für Lohn- und sozialen Fortschritt gesetzt. Deshalb ist der Angriff auf die „Lohnabschlüsse im öffentlichen Sektor“ für diese Länder besonders bedrohlich.

Auch wenn Merkel mithilfe der Brüsseler Lohnkeule auf die Länder mit Leistungsbilanzdefiziten eindrischt, drohen Rückwirkungen für die Beschäftigten in Deutschland. Wenn zum Beispiel Spanien die Löhne im öffentlichen Sektor und dann in der ganzen Wirtschaft beschränkt oder sogar kürzt, wird sich die Wettbewerbsposition gegenüber Deutschland verbessern.

Dann besteht die Gefahr, dass Beschäftigte und ihre Betriebsräte hierzulande unter Druck gesetzt werden. Etwa durch nachlassende Absatzchancen und dadurch bedingten Druck auf die Beschäftigung. Oder Belegschaften werden erpresst mit der Androhung, Betriebe nach Spanien – um in unserem Beispiel zu bleiben – zu verlagern. Damit droht ein Lohnsenkungs- und Sozialdumpingwettbewerb in ganz Europa.

Europa wettbewerbsfähigster Kontinent?

Die Eurozone baut inzwischen als Ganzes gesehen bereits immer höhere Außenhandelsüberschüsse gegen über dem Rest der Welt auf. Sie verdoppelten sich zwischen 2000 und 2006 von 43 auf 97 Milliarden Euro. Und 2012 werden knapp 200 Milliarden Euro erreicht werden. Die Überschüsse machen inzwischen bereits zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes der gesamten Eurozone aus. Nach Merkels Meinung reicht das noch lange nicht. Erst wenn jedes einzelne Land der Eurozone Außenhandelsüberschüsse aufweisen kann, ist ihr Ziel des „wettbewerbsfähigsten Kontinents“ erreicht. Das Problem: Da die Welt noch nicht mit dem Mars oder anderen Galaxien Handel treibt sind die Exporte und Importe der Welt insgesamt immer ausgeglichen. Wenn Europa, so wie heute Deutschland, einen beständigen Außenhandelsüberschuss erzielen würde, müssten andere Regionen der Welt ein beständiges Defizit hinnehmen. Und sich letztlich gegenüber Europa immer stärker verschulden.

Wir haben eine unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit in Europa. Da stellt sich die Frage: Wollen wir vorne mit dabei sein, oder wollen wir uns durch eine schnelle Haftungsunion in der Mitte treffen und dann alle von den Weltmärkten und den Schwellenländern abgekoppelt sein? Das wollen wir nicht! Ich möchte, dass wir wettbewerbsfähiger werden.

*Kanzlerin Merkel im Bundestag,
12. September 2012*

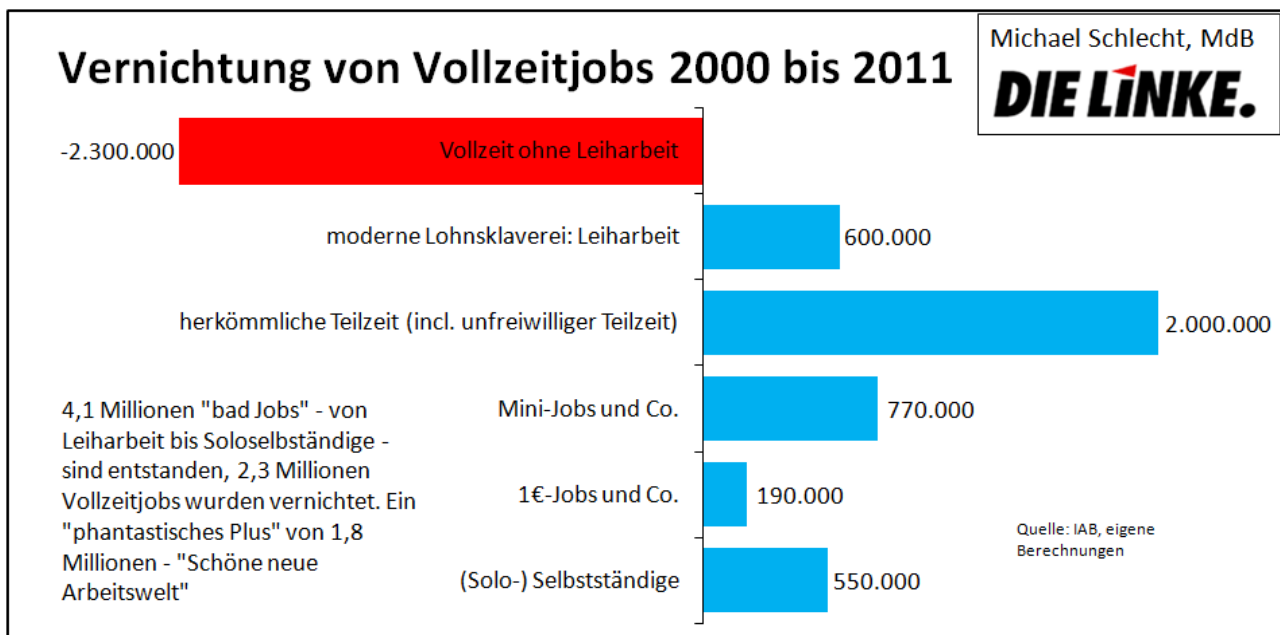
Gerade die Eurokrise zeigt, dass dieses Vorgehen nicht beständig verlängerbar ist. Es würde in einer Weltwirtschaftskrise enden. Das ist Merkels Strategie zu Ende gedacht.

Anatomie des Lohndumpings

Lohnkürzung durch Bad Jobs

Von 2000 bis 2011 sind die Reallöhne für einen durchschnittlich verdienenden Beschäftigten um 4,9 Prozent abgesenkt worden. Soweit Daten der europäischen Statistik. Das deutsche Statistische Bundesamt meldet einen Betrag von Minus 2,4 Prozent. Immer noch ein Skandal.

Diese Entwicklung bezieht sich auf die Löhne je Beschäftigten. Die Löhne je Stunde sind von 2000 bis 2011 um real 1,2 Prozent gestiegen. Berücksichtigt man die voraussichtliche Entwicklung des Jahres 2012, ergibt sich ein Plus von 2,1 Prozent. Das ist europaweit immer noch der niedrigste Wert.



Die unterschiedliche Entwicklung beim Reallohn je Beschäftigten und je Stunde liegt an der von Gerhard Schröder und Joschka Fischer eingeleiteten Prekarisierung der Arbeitswelt.

Seit 2000 sind rund 2,3 Millionen Vollzeit-arbeitsplätze vernichtet worden. Gleichzeitig sind 4,1 Millionen „bad jobs“ entstanden: Die massive Ausweitung von Teilzeitarbeit, geringfügiger Beschäftigung in Gestalt von Mini-Jobs und von Leiharbeit. Viel zu viele Menschen müssen in diesen Jobs dann auch noch befristet arbeiten.

Unter dem Strich bleibt ein Plus von 1,8 Millionen zusätzlichen Jobs. Zum größten Teil sind es prekäre Jobs mit unsicherer Lebenslage, schlechter Bezahlung und einer viel zu kurzen bezahlten Arbeitszeit.

Immer mehr Erwerbstätige teilen sich das gleiche Arbeitszeitvolumen. Mehr bezahlte Arbeit gibt es nicht. Eine um 3,5 Prozent gewachsene Anzahl von Beschäftigten teilt sich die seit 2000 gleich gebliebene Gesamtstundenzahl.

Lohnkürzung durch schärfere Ausbeutung

Der verteilungsneutrale Spielraum für den Zeitraum 2000 bis 2012 beträgt rund 36 Prozent. Er

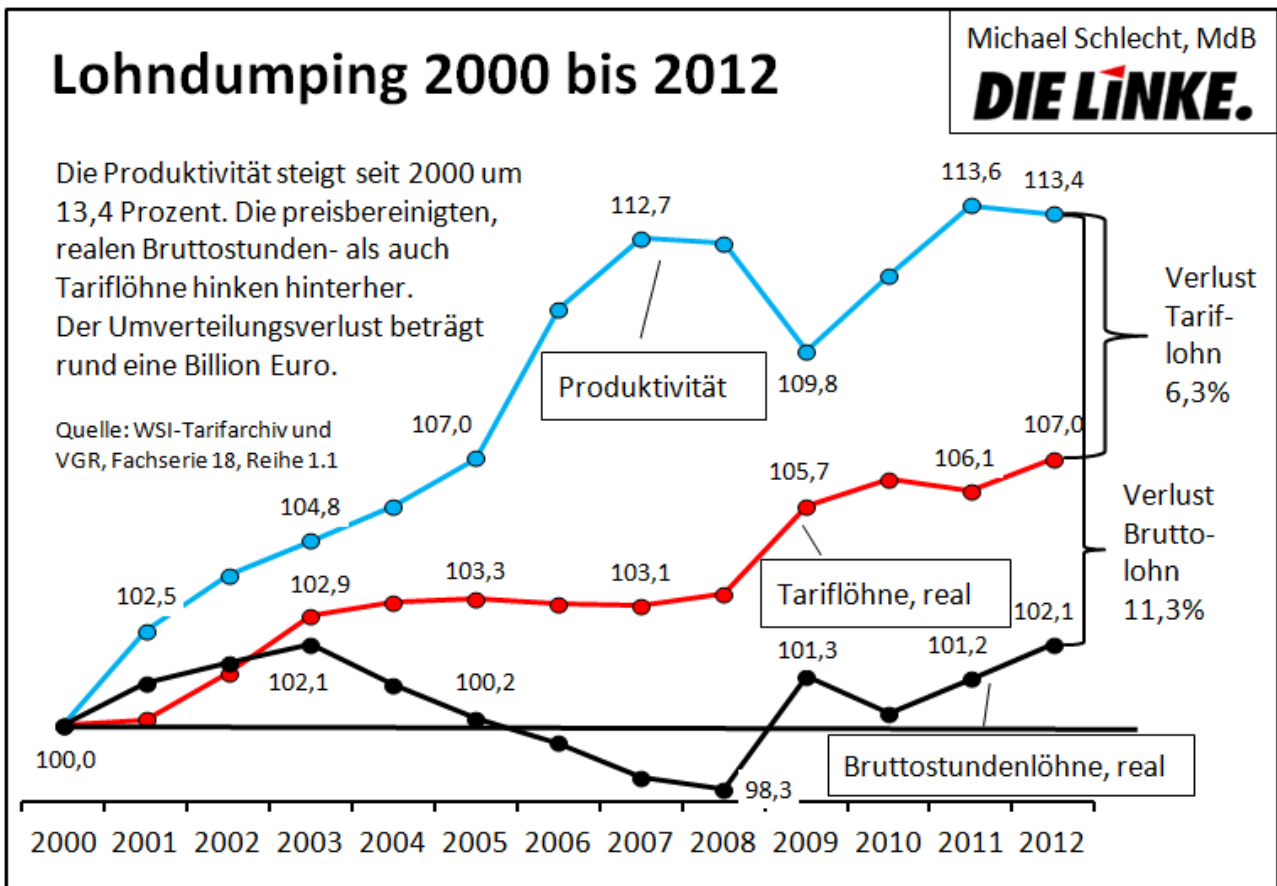
umfasst die Preis- und die Produktivitätssteigerungen in dieser Zeit. Die Produktivität ist um 13,4 Prozent gestiegen. Um diesen Betrag hätten die preisbereinigten, die realen Löhne mindestens steigen müssen, damit es zu keiner Umverteilung zugunsten des Kapitals kommt.

Die realen Bruttostundenlöhne stiegen jedoch nur um 2,1 Prozent an; weniger als 0,2 Prozent jährlich! Mehr als elf Prozentpunkte mehr hätten es sein müssen, um den verteilungsneutralen Spielraum auszuschöpfen. Dies ist Resultat einer brutale Umverteilung. Der Anteil der Beschäftigten in Deutschland am jährlichen Volkseinkommen sank von 72 Prozent im Jahr 2000 auf 67 Prozent 2011.

*Hinter diesen 11,3 Prozentpunkten Lohnverlust steckt der Verlust von richtig viel Geld: 1000 Milliarden Euro, also **eine Billion Euro** hätten die Beschäftigten seit 2000 eigentlich mehr bekommen müssen.*

Tariflandschaft: keine heile Welt

Ein Teil der Lohnerhöhungen wurde von den Gewerkschaften in Tarifaueinandersetzungen erstritten. Der Anteil der Beschäftigten, die unter



dem Schutz eines Branchentarifvertrages arbeiten, ist aber beständig geschrumpft. Im Jahre 2010 waren es nur noch 52 Prozent der Beschäftigten. Zu Beginn der 1990er Jahre arbeiteten noch 70 Prozent der Beschäftigten unter einem tarifvertraglichen Dach.

Verteilungsneutraler Spielraum

In der gewerkschaftlichen Tarifpolitik werden Lohnerhöhungen angestrebt, die zumindest zur gleichen Aufteilung des Volkseinkommens zwischen Lohnarbeit und Kapital wie im Vorjahr führen. Wenn dies erreicht wird, findet keine Umverteilung von unten nach oben, aber auch nicht umgekehrt statt.

*Der verteilungsneutrale Spielraum wird bestimmt durch die **Preissteigerungsrate** und dem **Anstieg der Produktivität**.*

*In früheren Jahrzehnten war diese Formel auch von Unternehmerseite akzeptiert. Dies auch deshalb, um den Versuch der Gewerkschaften abzuwehren, mit einer dritten Komponente, der **Umverteilungskomponente** eine Umverteilung von oben nach unten durchzusetzen.*

*Dies ist schon lange Geschichte. Heute wird es in vielen Gewerkschaften bereits als Erfolg betrachtet, wenn die Lohnerhöhung zumindest der **Preissteigerungsrate** entspricht.*

In der Gegenwart kommen noch acht Prozent der Beschäftigten hinzu, für die ein Firmentarifvertrag gilt. Jedoch orientieren diese sich häufig an dem Niveau des Branchentarifvertrages. Für sie gibt es am ehesten kämpferische Tarifrunden, in denen Fortschritte durchgesetzt werden können. Arbeitskämpfe isoliert für einzelne Betriebe kreisen meist – wenn sie denn überhaupt geführt werden – um das Ziel der Ankoppelung des Firmentarifvertrages an einen Branchenvertrag oder sie dienen der Abwehr bzw. der Begrenzung von Verschlechterungen.

Die realen Tariflöhne stiegen seit 2000 um gut sieben Prozent. Insofern ist die Entwicklung bei den Tariflöhnen nicht ganz so dramatisch wie bei den realen Bruttostundenlöhnen. Jedoch

gibt es in Anbetracht einer Steigerung der Produktivität von 13,4 Prozent eine Lücke, einen Verlust von mehr als sechs Prozent nicht ausgeschöpftem Verteilungsspielraum.

Diese Bilanz ist ernüchternd. Nicht nur, dass die Gewerkschaften in ihrem ureigensten Bereich der Tarifpolitik die Umverteilung von unten nach oben nicht verhindern konnten.

Mit dem Rückgang der Tarifbindung und vielfältigem Druck in den Betrieben, der Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes wirken Tariflohnabschlüsse heute anders als noch vor 20 und mehr Jahren. Sie haben in der Regel keine Ausstrahlung mehr auf die Lohnentwicklung in nicht tarifgebundenen Bereichen.

Früher, zu Zeiten einer Tarifbindung von 60, ja 70 Prozent strahlten die Tariflöhne auch auf andere, nicht tarifgebundene Bereiche aus. Insofern hatten die Gewerkschaften eine zentrale Rolle nicht nur bei der Tariflohnentwicklung, sondern bei der effektiven Einkommensentwicklung im ganzen Land.

Die Gewerkschaften haben längst die allgemeine gesellschaftliche Lohnsetzungsmacht verloren. Heute „strahlen“ die nicht tarifgebundenen Bereiche, in denen häufig prekäre Arbeitsverhältnisse und schärfstes Lohndumping wie im Frühkapitalismus herrschen, auf die Handlungsmacht der Gewerkschaften aus. An den Rändern der Tariflandschaft bröckelt es immer mehr. Auch in starken Tarifbereichen wird die Lage immer brisanter.

Am besten ist die tarifpolitische Lage noch im Bereich der Chemieindustrie sowie der Metall- und Elektroindustrie. Bei Chemie liegt die Verteilungsposition seit 2000 leicht im Plus. Im Metallbereich ist der verteilungsneutrale Spielraum mit Minus 1,4 Prozent nicht ganz ausgeschöpft worden.

Dramatischer ist die Lage im öffentlichen Dienst. Der Verteilungsspielraum mit Minus 9,6 Prozent wurde nicht erreicht. Wenn mit politisch motivierten Steuergeschenken an Reiche und Vermögende in Höhe von 600 Milliarden Euro seit 2000 die öffentlichen Kassen geplündert werden, dann verschlechtern sich die Durchsetzungschancen gewerkschaftlicher Tarifausei-

nersetzungen dramatisch. Zugespitzt formuliert: Tarifpolitik wird zur abhängigen Variable von vorgelagerten politischen Entscheidungen. Wenn schon in gewerkschaftlich gut organisierten Bereichen der verteilungsneutrale Spielraum nicht durchgesetzt werden kann, verwundert es nicht, dass in schlechter organisierten und durch prekäre Arbeit gekennzeichneten die verteilungsneutralen Spielräume nicht ausgeschöpft wurden. Insbesondere im Einzelhandel wurden seit 2000 im wesentlichen nur die Preissteigerungsrate mit den Lohnerhöhungen ausgeglichen.

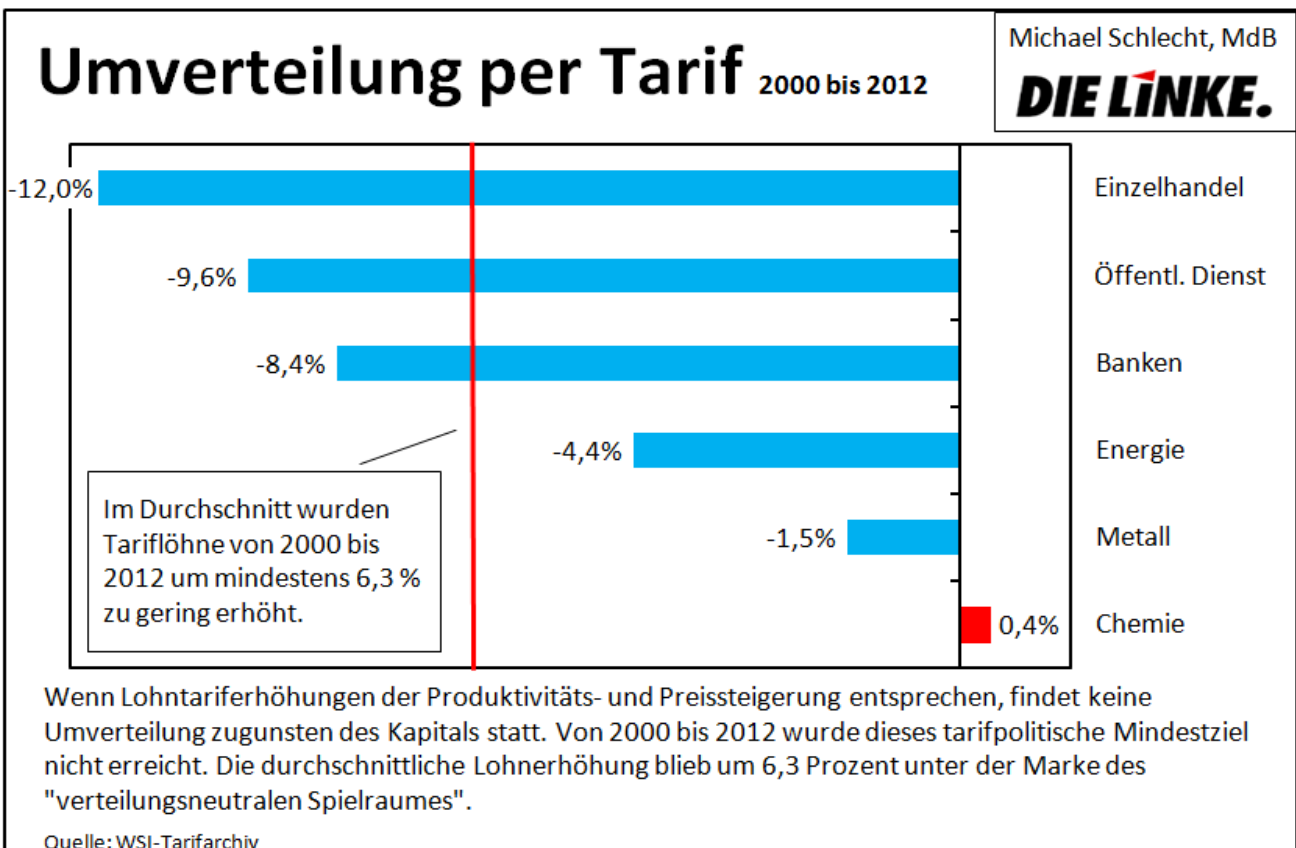
Aber auch die Tarifbereiche wie Chemie und Metall stehen unter Druck. Die Einhaltung von Tarifverträgen ist heute schlechter als in früheren Jahrzehnten. Der Druck ist im letzten Jahrzehnt so stark geworden, dass zum Beispiel die IG Metall sich im „Pforzheimer Abkommen“ von 2004 gezwungen sah, betriebliche Abweichungen vom Branchentarifvertrag explizit zu regeln. Zurzeit gibt es in der Metall- und Elektroindustrie rund 1100 verbandsgebundene Betriebe, in denen abweichende, überwiegend schlechtere Regeln, als Tarif vereinbart sind.

Betriebliche Schlechterstellungen finden vor allem durch Kürzung der Jahressonderzahlung und/oder des zusätzlichen Urlaubsgeldes statt. Dieser Effekt ist in den vorstehenden Zahlen zu den Tariflöhnen noch nicht einmal enthalten, da diese sich immer auf Monatslöhne und nicht auf Jahressummen beziehen.

Hinzu kommt die Tendenz betriebliche Einheiten wie Kantine, Werkschutz, aber auch Entwicklung und andere aus dem Stammbetrieb auszugliedern. Diese Tätigkeiten werden in eigenen Unternehmen verselbstständigt oder an fremde vergeben. In der Regel gelten dann andere, schlechtere Tarifverträge oder es gibt gar keinen Tarifschutz mehr.

Schließlich kommt die Wirkung von Leiharbeit oder Werkverträgen hinzu, die gerade in der Metall- und Elektroindustrie verbreitet sind. Diese Beschäftigte werden in der Regel schlechter bezahlt als im Leihbetrieb üblich.

All dies zusammengenommen führt dazu, dass gerade in den exportstarken Industrien, in denen eigentlich eine relativ gute Tarifbilanz besteht, durch verschiedene Formen der Prekarisierung nicht unerhebliche Arbeitskostenvorteile für die Unternehmen bestehen. Hinzu kommt,



dass in die Kostenkalkulation Vorprodukte bzw. Vorleistungen eingehen, die im Dienstleistungsbereich mit gedrückten Löhnen erstellt wurden.

Ursachen gewerkschaftlicher Defensive

Generell sind die Handlungsmöglichkeiten der gewerkschaftlichen Lohnpolitik in den letzten zehn Jahren deutlich schwieriger geworden.

Die prekäre Beschäftigung, wie Leiharbeit, Befristungen und Werkverträge, hat sich – nachdem Rot-Grün die Schutzzäune niederriss – immer mehr in die betriebliche Realität hineingefressen. Leiharbeit, Werkverträge und auch Befristungen sind unmittelbare Instrumente um die Löhne zu drücken. Mittelbar wird der Stammebelegschaft verdeutlicht, dass auch andere, billigere Arbeitskräfte ihre Arbeit übernehmen können. Dies führt zur Disziplinierung und zur Entsolidarisierung. Rückwirkend wird so die Wahrnehmung von Interessen erschwert.

Disziplinierend wirkt schon immer die Angst vor Arbeitslosigkeit, vor allem wenn Millionen keinen Job haben und es schwer ist, einen neuen zu finden. Diese Angst ist mit der Einführung von Hartz IV massiv verschärft worden. Die Furcht vor dem Absturz ist als Gefühl in der Magengegend bei Millionen allgegenwärtig.

Die Drohung, bei Arbeitslosigkeit spätestens nach einem Jahr tief abzustürzen, hat zu Angst und Schrecken bei den Beschäftigten geführt. Durch Strafen des Jobcenters werden 2012 grundgesetzwidrig eine Million Hartz-IV-Empfängerinnen und Empfänger unter das Existenzminimum gedrückt. Durch die Sorge bei einem Arbeitsplatzverlust genau so menschenunwürdig behandelt zu werden, wirkt Hartz IV weit über den Kreis der unmittelbar betroffenen Erwerbslosen hinaus!

Wenn die Jobagentur jede bzw. jeden zum Kloputzen und zum Hofkehren für einen Hungerlohn verdonnern kann, ohne Rücksicht auf vorherige Tätigkeit und Qualifikation, dann wirkt Hartz IV wie eine brutale disziplinarische Peitsche. Dann überlegen sich viele, ob sie ihre Rechte im Betrieb konsequent wahrnehmen. Das wirkt sich auch auf die Kampfbereitschaft in Tarifrunden aus. Wer Angst um den Job oder vor Hartz IV hat, überlegt sich dreimal, ob er für

den Erhalt von Tarifverträgen eintritt oder für höhere Löhne streikt.

Wer in Hartz IV rutscht und in einem eigenen Haus oder einer eigenen Wohnung lebt, bekommt nur Arbeitslosengeld II, wenn der Wohnraum nicht zu groß ist. Ansonsten muss die Immobilie in der Regel verkauft werden. Gleiches droht, wenn man noch über Jahre hinaus Haus oder Wohnung abbezahlen muss. Mit dem Arbeitslosengeld II Schulden tilgen ist nicht zu schaffen. Schon manchem 50-jährigen ist der Traum vom eigenen und abbezahlten Haus im Alter vorzeitig geplatzt. Auch diese Folgen von Hartz IV kennen viele. „Bloß nicht Hartzter werden“, ist dann die Devise. Vieles wird hingenommen, es wird geackert und gebuckelt im Betrieb.

Was getan werden muss

Die von Deutschland ausgehenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sind die zentrale Ursache der Krise. Ohne ihre Überwindung können die Probleme der europäischen Wirtschaft nicht gelöst werden. Der Schlüssel hierfür liegt in Deutschland.

Lohndumping beenden

Die Tarifeinkommen müssen wieder deutlich stärker steigen, sodass zumindest der verteilungsneutrale Spielraum ausgeschöpft wird.

Hierzu gehört vor allem, dass die Tarifbindung deutlich erhöht wird. Deshalb ist es notwendig die gesetzlichen Rahmenbedingungen für gewerkschaftliches Handeln zu verbessern.

Die prekäre Beschäftigung muss beendet werden. Wir brauchen eine neue Ordnung in der Arbeitswelt. Sie muss wieder auf die Füße gestellt werden.

Bei der **Leiharbeit** ist der Grundsatz der gleichen Bezahlung zuzüglich einer Flexibilitätsprämie durchzusetzen, sowie weitere Regulierungen. Perspektivisch ist Leiharbeit zu verbieten. **Befristete Arbeitsverhältnisse** dürfen nur in eng begrenzten, sachgrundbezogenen Ausnahmefällen zulässig sein.

Minijobs müssen von der ersten Stunde an in voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gewandelt werden. Ziel muss sein, dass Teil-

zeitarbeit nicht unter 18 Stunden in der Woche geleistet wird.

Die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten müssen zusätzlich gesetzlich gestärkt werden. Hierzu gehört die Einführung eines **Verbandsklagerechtes**. Dann könnten Gewerkschaften die Einhaltung von Tarifverträgen gerichtlich durchsetzen. Bislang muss dazu ein betroffener Arbeitnehmer selbst aktiv werden. Dies scheitert aber häufig an Unkenntnis über die eigenen Rechte und Angst vor Sanktionen des Arbeitgebers.

Zudem muss es erleichtert werden, Tarifverträge für **allgemeinverbindlich** zu erklären. Zukünftig sollte dafür der Antrag einer Tarifvertragspartei hinreichend sein. Auch der Schutz von Beschäftigten bei einem Betriebsübergang ist zu gewährleisten. Bei Wechsel des Inhabers eines Betriebs sollten die alten Tarifverträge, in ihrer jeweils gültigen Fassung unbefristet geschützt bleiben.

Das **Sanktionsregime von Hartz IV** bzw. der Zwang zur Aufnahme jedes noch so mies bezahlten Jobs müssen beseitigt werden. Es ist nicht nur unsozial, sondern führt auch zu Einschüchterung der Beschäftigten. Mit der Angst vor Arbeitsplatzabbau sind diese erpressbar.

DIE LINKE fordert als Sofortmaßnahmen eine bedarfsorientierte repressionsfreie Grundsicherung in Höhe von 500 Euro zuzüglich Kosten der Unterkunft. Dies würde nicht nur die Lebenslage der Betroffenen deutlich verbessern, sondern 12 Milliarden Euro zusätzliche Kaufkraft erzeugen.

Der Hunger- und Niedriglohnsektor muss trockengelegt werden. Deshalb fordert DIE LINKE die Einführung des gesetzlichen **Mindestlohnes** von 10 Euro. So kann die Lebenslage von fast acht Millionen Beschäftigten verbessert werden und die Einkommen können um 26 Milliarden Euro steigen. Dies wäre ein deutlicher Beitrag zu Stärkung der privaten Binnennachfrage.

Gute Rente

Die ehemalige Rentenformel soll wiederhergestellt werden. Dazu gehört, dass die bislang den Rentnern und Rentnerinnen vorenthaltenen

Rentenerhöhungen – im Wesentlichen die sogenannte „Riester-Treppe“ – sofort nachgezahlt wird. Dies wäre eine Erhöhung von vier Prozent. Die Binnennachfrage würde um sieben Milliarden Euro gestärkt.

Eine gestärkte Binnennachfrage würde nicht nur die Binnenwirtschaft ankurbeln, sondern auch zu höheren Importen führen. So kann ein Beitrag geleistet werden, die Exportüberschüsse abzubauen. Mit mehr deutschen Importen können andere Länder deutsche Exporte kaufen und vor allem auch bezahlen!

Sozial-ökologisches Zukunftsprogramm

Zur Stärkung der Binnennachfrage gehört der massive Ausbau des Sozialstaates, der ökologische Umbau und die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen. Deshalb wollen wir ein Zukunftsprogramm mit 125 Milliarden Euro.

DIE LINKE will zwei Millionen tariflich bezahlte Arbeitsplätze sichern und schaffen. Es gibt genug zu tun. Beim Klimaschutz, dem ökologischen Umbau, bei Erziehung und Bildung für unsere Kinder. Und für die Kranken und Alten wollen wir mehr und bessere Pflege. Der öffentliche Personenverkehr muss verbessert werden, ebenso die Infrastruktur, die an vielen Orten bereits verrottet. Bei den kommunalen Investitionen besteht ein Stau von mehr als 700 Milliarden Euro.

Das Zukunftsprogramm soll dauerhaft sein und dauerhaft Arbeitsplätze schaffen. Davon allein eine Million Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Die zweite Million soll durch Aufträge des Staates an die Privatwirtschaft entstehen. Mehr Menschen in gut bezahlter Arbeit sind auch ein wichtiger Beitrag zu Stärkung der Binnennachfrage und damit auch der Importe.

Das Zukunftsprogramm führt aber gleichzeitig zu einer tendenziellen Verringerung der Exporte. In vielen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie würde eine deutliche Steigerung der Nachfrage aus dem Inland entstehen. Denn: Mit dem ökologischen Umbau brauchen wir verbesserte öffentliche Personen-Verkehrssysteme. Oder den Ausbau regenerativer Energieerzeugung. Oder ..., vieles Weitere könnte

man hier auflisten. So kann ein Teil der industriellen Exportproduktion durch die Nachfrage aus der Binnenwirtschaft ersetzt werden.

Mit mehr Importen durch eine gestärkte Binnennachfrage und eine Verringerung der Exporte durch mehr Aufträge aus dem Inland kann der Exportüberschuss beseitigt und außenwirtschaftliches Gleichgewicht hergestellt werden.

Millionäre zur Kasse

Mit dem steuerpolitischen Konzept der LINKEN ließen sich 180 Milliarden Euro im Jahr mehr einnehmen und damit unsere Reformen wie zum Beispiel die Erhöhung des Arbeitslosengeldes II und das Zukunftsprogramm solide finanzieren. Eine Forderung ist dabei besonders wichtig: die Wiedereinführung der Vermögensteuer als Millionärsteuer. DIE LINKE will Vermögen über eine Million Euro mit fünf Prozent besteuern. Dies brächte jährliche Einnahmen von 80 Milliarden Euro.

Mit dem Fiskalpakt ist die ohnehin schon bestehende Schuldenbremse in Deutschland verschärft worden. Haushaltskonsolidierung und ein Herunterfahren der Staatsschuldenquote auf 60 Prozent hat Verfassungsrang.

DIE LINKE will, dass diese Haushaltskonsolidierung von den Reichen und Superreichen bezahlt wird. Die drohende Alternative ist ein Sozialabbau gigantischen Ausmaßes.

Deshalb will DIE LINKE eine einmalige Vermögensabgabe. Dies soll zusätzlich zu der laufenden Millionärssteuer erhoben werden.

Diese Vermögensabgabe sollte 30 Prozent für Vermögen ab einer Million betragen. Sie könnte auf sechs Jahre aufgeteilt werden mit jährlich fünf Prozent. Unter Einbeziehung der Millionärssteuer wären dann in den ersten sechs Jahren zehn Prozent – zweimal fünf – zu zahlen und ab dem siebten Jahre wäre dann nur noch die fünfprozentige Millionärssteuer fällig.

Sofortmaßnahmen zum Stopp der Eurokrise

Stopp der Kürzungen, Aufbauhilfen: DIE LINKE lehnt die bisherige „Euro-Rettung“, so zuletzt den ESM, vor allem deshalb ab, weil die Kreditvergabe an massive Kürzungsprogram-

me, an Lohnsenkung, Sozialabbau und Privatisierungen geknüpft wird.

Die unsozialen Kürzungspakete sind Gift für das Wachstum und verstärken die Schuldenkrise. Mit dieser Strangulierung wird die Krise verschärft. Das tragische Beispiel für diese desaströse Politik ist Griechenland. Die Wirtschaft bricht seit Beginn der „Hilfen“ 2010 um nahezu 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ein und die Verschuldung ist weiter gestiegen. Das Land droht in der Ägäis zu versinken.

Als erste Sofortmaßnahme muss den Ländern mit Aufbauhilfen unter die Arme gegriffen werden. So wie die USA nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Marshall-Plan halfen.

Europäische Bank für öffentliche Anleihen:

Die Finanzierung der Staatsschulden in der Eurozone muss von den Finanzmärkten befreit werden. Banken dürfen nicht länger an den hohen Zinsen bzw. der Staatsverschuldung verdienen. Sie leihen sich zu etwas mehr als einem Prozent bei der EZB Geld und kaufen damit Staatsanleihen, die von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern mit einem vielfach höheren Zinssatz bedient werden müssen.

DIE LINKE fordert daher eine *Bank für öffentliche Anleihen*. Sie könnte sich billiges Geld bei der EZB leihen und ohne Aufschlag an die Euro-Staaten weiterreichen.

Das wäre die wirklich grundlegende Alternative für Europa: Mit der Abkoppelung von den Finanzmärkten und einer europaweiten Vermögensabgabe wird für den Kontinent der Reset-Knopf gedrückt. Und mit einer abgestimmten Wirtschafts- und Finanzpolitik, vor allem mit einem Ende des Lohndumpings in Deutschland wird dafür gesorgt, dass es nicht wieder zu solch dramatischen Verwerfungen in Europa kommt.

Weitere Analysen zur Krise in Europa und insbesondere den Alternativen der LINKEN unter:

www.michael-schlecht-mdb.de

Dort befindet sich auch eine Powerpoint-Präsentation der Grafiken.